

## Es gilt das gesprochene Wort

Anrede,

zunächst möchte ich mich herzlich für Eure Einladung zur diesjährigen Jubilarehrung der SPD Marburg bedanken.

Es freut mich, dass die SPD der „märchenhafte Stadt Marburg“ im Brüder-Grimm-Jahr den Blick über die Landkreisgrenzen hinaus schweifen ließ und im Nachbarlandkreis Gießen haften geblieben ist. Mit dieser Einladung macht die Marburger SPD auch deutlich, wie wichtig eine regionale Zusammenarbeit für eine ganzheitliche sozialdemokratische Politik vor Ort ist. Sie garantiert den Austausch von Informationen und Erfahrungen und den gemeinsamen Einsatz für eine gute Entwicklung unserer Region Mittelhessen. Sie stärkt zudem die kommunale Seite – im Kampf gegen eine kommunalfeindliche Landespolitik! Doch davon später mehr!

In der Vorbereitung auf den heutigen Tag ist mir sehr deutlich geworden: Hier in Marburg macht eine starke Truppe sozialdemokratische Politik! Eine Politik, die sich insbesondere auch dadurch auszeichnet, dass sie die Bürgernähe, den kontinuierlichen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern sucht und damit für eine besondere Stärke der Sozialdemokratie steht: Die große Nähe zu den Menschen.

Beispielhaft für diese Politik ist das Vorhaben der Marburger SPD in diesem Jahr einen Zukunftskonkress im offenen Dialog mit den Bürgern zu veranstalten.

Diese Nähe zu den Menschen, bestimmt die Themen unserer Politik - denn diese orientieren sich seit 150 Jahren an der Lebenswelt der Menschen. Es ist die Frage nach guten Arbeitsbedingungen und einem gerechten Lohn für die geleistete Arbeit -unabhängig von Geschlecht, die Frage nach ausreichendem und bezahlbaren Wohnraum, die Frage, wie lebe ich im Alter?, die Frage nach der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und damit auch ausreichenden Kinderbetreuungsangeboten und es ist die wichtige Frage nach Bildung, nach einer Bildungspolitik, die Bildungswege für alle Menschen öffnet und damit auch Chancengleichheit schafft.

Es ist aber auch die Frage – nach einem Sozialstaat, der sich nicht als Reparaturbetrieb versteht, sondern Hilfe zur Selbsthilfe gewährt und Menschen in schwierigen Lebensphasen frühzeitig Beratungs- und Unterstützungsangebote gewährt – also die Frage – wie Hannelore Kraft – Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen es formuliert: nach dem vorbeugenden Sozialstaat!

Und erinnern wir uns an die Geburt der Sozialdemokratie – vor 150 Jahren - dann erkennen wir in diesen Fragen die große Handlungslinie der Sozialdemokratie: es ging und geht immer um gute Lebensbedingungen für alle Menschen, um Bildung unabhängig von sozialer Herkunft und Geldbeutel, um Gerechtigkeit, Solidarität, Freiheit und Demokratie. Diese Werte prägen unsere Politik seit 150 Jahren – in schweren und besseren Zeiten.

Diese Werte verpflichten uns jedoch auch – gerade mit Blick auf jene Sozialdemokraten, die für eine Politik, die diesen Werten folgt, verfolgt, verschleppt, gefoltert und ermordet wurden. Die Unbeugsamkeit und der Mut dieser Genossinnen und Genossen wird in der Rede des Parteivorsitzenden Otto Wels gegen Hitlers „Ermächtigungsgesetz“ deutlich:

„Wir Sozialdemokraten“ – so formuliert er in seiner berühmten Rede, „bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus“.

Diese sozialdemokratischen Werte sind heute so aktuell wie damals und davon bin ich überzeugt, mit diesen können wir nach wie vor die Herausforderungen vor denen wir stehen meistern.

Für die Kommunen und Kreise heißt eine dieser großen Herausforderungen: Wie gelingt es uns - trotz defizitärer Haushalte – Handlungsmöglichkeiten und Spielräume für kommunalpolitisches Handeln zu eröffnen und hierdurch den Fortschritt in sozialer, ökologischer und wirtschaftlicher Sicht zu fördern. Und zwar einen Fortschritt, der sozial gerecht ist und niemanden am Rande dieses Fortschritts stehen lässt.

Bei der Antwort auf diese Frage geht es auch um den Erhalt der Kommunalen Selbstverwaltung.

Die kommunale Selbstverwaltung ist hessisches Verfassungsrecht. In der Verfassung in Artikel 137 wurde diese Kommunale Selbstverwaltung festgeschrieben, mehr noch in 137 (5) wird ausgeführt, dass der Staat den Gemeinden und Gemeindeverbänden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern (hat).

Das ist die verfassungsrechtliche Seite – doch die derzeitige Praxis ist eine Andere. Die notwendige finanzielle Mindestausstattung für die übertragenen Aufgaben und die eigenen Aufgaben ist nicht mehr im ausreichenden Maß gegeben. Mehr noch die Zuweisungen aus dem Kommunalen Finanzausgleich wurden dauerhaft um jährlich 344 Mio EUR gekürzt. Für den Landkreis Gießen bedeutet dies, dass mit dieser Kürzung im Kommunalen Finanzausgleich Jahr für Jahr 10 Mio EUR im Kreishaushalt fehlen.

Diese Kürzungen auf der einen Seite sowie die steigenden Sozialhilfe- und Jugendhilfelasten auf der anderen Seite führen zu hohen Defiziten in den Haushaltsplänen der Landkreise. Verschärfend kommt noch hinzu, dass wir im Gegensatz zu Gemeinden nicht die Möglichkeit besitzen Steuern zu erheben. Die einzige Steuer, die der Landkreis Gießen erhebt ist die Jagdsteuer.

Die Landkreise sind somit bei der Finanzierung ihrer Aufgaben alleine auf die Einnahmen durch Schlüsselzuweisungen und Allgemeine Zuweisungen des Landes Hessen sowie der Kreisumlage angewiesen. Doch diese Deckungsmittel reichen kaum noch aus, um alleine die jährlich steigenden Transferleistungen im sozialen Bereich (Jugendhilfe und Sozialhilfe) des Landkreises Gießen zu decken. So waren für 2012 rund 95 Prozent dieser Deckungsmittel für die Sozialausgaben veranschlagt. So erklärt sich auch dass die Landkreise Finanzmittel aufnehmen müssen, um ihren weiteren Aufgaben nachkommen zu können.

Wir können also feststellen: Eine der Hauptfaktoren für die prekäre Finanzlage der hessischen Landkreise ist die Tatsache, dass für die Aufgaben im Bereich der Sozialen Sicherung keine ausreichende Finanzausstattung zur Verfügung steht. Erschreckend ist zudem, dass lediglich nur noch ein halbes Prozent unseres Gesamtetats für sogenannte freiwillige Leistungen, wie präventive Sozial- und Jugendpolitik, Sport- und Kulturförderung oder Wirtschaftsförderung zur Verfügung stehen.

Also für jene Bereiche, die maßgeblich dazu beitragen, dass das soziale Miteinander funktioniert, dass soziale Netzwerke entstehen und die Teilhabe für „alle“ am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ermöglicht wird.

Deshalb lautet die Forderung an das Land Hessen: Kommunen und Landkreise brauchen eine ausreichende finanzielle Ausstattung, um den übertragenen

Aufgaben nachkommen und auch in Zukunft eigenverantwortlich zum Wohl der Menschen vor Ort handeln zu können.

Diese Forderung wurde im Dezember des letzten Jahres mit einer Verfassungsklage von drei hessischen Landkreisen untermauert, die stellvertretend für alle 21 Landkreise klagen.

Zur Verfassungsklage gibt es noch kein Ergebnis.

Die Antwort des Landes auf die prekäre Situation der Kommunen und Landkreise ist der Kommunale Schutzschirm zur Teilentschuldigung der Kommunen und Kreise. Ein Programm, was viele Schutzschirmkommunen und -kreise als „vergiftetes Geschenk“ bezeichnen. Und dies mit guten Grund!

Es ist kaum möglich das bereitgestellte Geld des Landes abzulehnen, wenn es in den Haushalten hinten und vorne fehlt. So hat sich auch der Landkreis Gießen entschieden eine Entschuldung von 89 Mio EUR anzunehmen. Dies führt zwar zu einer Entlastung des Haushalts, kompensiert jedoch nur zu einem Bruchteil, die dem Landkreis im Kommunalen Finanzausgleich entzogenen Mitteln. Hinzu kommt, dass die Schutzschirmkreise zu einem harten Sparprogramm verpflichtet werden.

Ein solches Programm schwächt die Kommunale Selbstverwaltung weiterhin und zeigt zudem, dass das Land sich von der in der Verfassung garantierten ausreichenden Finanzierung kommunaler Aufgaben weiter entfernt. Vielmehr bestätigt dieses Programm die kommunalfeindliche Politik des Landes Hessen! Auch die Zukunft lässt wenig Gutes hoffen. So ist die für 2014 angekündigte KfA-Strukturreform zur Stärkung der ländlichen Räumen nur eine weitere Umverteilung der zu wenigen Mitteln im Kommunalen Finanzausgleich. Einige gewinnen – andere verlieren. So wird auch der Landkreis als Schutzschirmkreis bei dieser Reform weiter verlieren. Eine Stärkung der Kommunalen Selbstverwaltung und damit auch der ländlichen Räumen – Anrede – sieht anders aus! Es braucht hierzu ein klares Bekenntnis zur kommunalen Selbstverwaltung sowie eine Politik für starke Kommunen und Kreise. Es braucht einen Wechsel in der Landespolitik 2013!

Trotz dieser Rahmenbedingungen bleibt, wie es der Vorsitzende der Hessischen SPD und Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion treffend formulierte:

„Die SPD ist vor 150 Jahren nicht gegründet worden, um Bedingungen zu beklagen, sondern diese zu verbessern und zu gestalten“.

Und das tun wir – indem wir unsere Politik beständig auch an unseren Werten wie soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität messen.

Ich will dies an drei Beispielen aus der Kreispolitik verdeutlichen:

Erstes Beispiel: Wir müssen die Akzeptanz und das Vertrauen in unsere Politik zu stärken und die Bürgerinnen und Bürger stärker einbinden.

Wir brauchen einen gesellschaftliche Konsens darüber - was angesichts der knappen Finanzen Priorität hat und auch nachfolgenden Generationen Entwicklungsräume belässt.

Es zeigt sich zunehmend – nicht erst seit Stuttgart 21 – das Bürger eingebunden werden wollen und zwar frühzeitig. Gerade dann, wenn nicht mehr alles Wünschenswerte und Notwendige umgesetzt werden kann, brauchen wir Transparenz und einen intensiveren Dialog mit den Bürgern. Wir müssen die Argumente für unsere Entscheidungen transparent darstellen und auch den Mut haben Bürgermeinungen dazu einzuholen. Das bedeutet aber auch transparent wieder darzustellen, wie diese Bürgermeinungen in die

Entscheidungsprozesse einfließen und warum bestimmte Vorschläge und Ideen auch keine Berücksichtigung finden konnten.

Vor diesem Hintergrund hat der Landkreis Gießen seine erste Bürgerbefragung durchgeführt. Wir wollten wissen, wie die Bürger ihren Landkreis sehen, welche Stärken und Schwächen sie sehen. Erstaunlich war die gute Resonanz. Viele Bürger vermerkten, sie würden sich wünschen, dass eine solche Beteiligung öfter möglich wäre.

Bemerkenswert war, dass die Bürgerinnen und Bürger eine wesentliche Stärke des Landkreises in der vielfältigen Vereinsstruktur vor Ort sahen. Sie sahen also eine der größten Stärken des Landkreises in der funktionierenden ehrenamtlichen Struktur. Denn letztlich leben die Sport-, Kultur- und Sozialvereine nur vom Ehrenamt. Ähnlich wie auch die Kommunalpolitik – die Wurzel der Demokratie – ihre Stärke im Ehrenamt findet. Dies aber zeigt, wie wichtig es bleiben wird, dass wir das Ehrenamt fördern und stärken. Deshalb werde ich auch weiterhin um das wenige Geld im Kreishaushalt zur Förderung der Sport- Sozial- und Kulturvereine streiten. Hier einzusparen bedeutet auch auf eine vorbeugende Sozialpolitik zu verzichten, die in diesen Vereinen umgesetzt wird. Es geht um die Gemeinschaft vor Ort, es geht um Kinder- und Jugendförderung und letztendlich im Bereich der Sozial- und Gesundheitspflege um Hilfe zur Selbsthilfe. Es ist und bleibt deshalb auch sozialdemokratische Politik für eine starke Vereinskultur einzutreten.

**Beispiel 2: Landkreise müssen dafür Sorge tragen, dass gleichwertige Lebensverhältnisse in der Region vorhanden sind und/oder erhalten bleiben.**

Mit Blick auf die demografische Entwicklung fällt es insbesondere kleineren Kommunen immer schwerer für die notwendige Infrastruktur vor Ort zu sorgen, um weiterhin als attraktiver Wohnort und Wirtschaftsstandort wahrgenommen zu werden. Insbesondere die Anbindung an das schnelle Internet stellt gerade kleinere finanzschwache Kommunen vor große Herausforderungen.

Die Kreispolitik hat im Februar 2011 beschlossen, sich dem Thema „Breitbandversorgung für den gesamten Landkreis“ anzunehmen. Wir haben eine kreisweite Aufstellung gefunden, an der 17, der 18 kreisangehörigen Kommunen teilnehmen. Zusammen mit Privaten hat der Landkreis mit 17 kreisangehörigen Kommunen eine Gesellschaft gegründet, die den flächendeckenden Ausbau vorantreibt. Das besondere daran ist, dass diese Gesellschaft einen Vertrag mit der Deutschen Telekom abschließen konnte, die die neu entstehenden Netze anmietet und hierfür einen Mietpreis zahlt. Diese Mieteinnahmen reduzieren die Kosten für den Bau des Breitbandnetzes. Dadurch reduziert sich der nicht rentierliche Anteil an den Baukosten, den die Kommunen bezahlen müssen. Ein weitere Vorteil dieser Konstruktion ist, dass die Eigentümer der entstehenden Netze die Gesellschaft ist und damit auch die beteiligten Kommunen. Es wird also kommunales Eigentum geschaffen und damit auch Einnahmemöglichkeiten für die Zukunft. Zudem wird der Ausbau wirtschaftlicher, weil er sich nach den bereits vorhanden Netzen richtet und nicht nach den Grenzen der Gebietskörperschaften. Das heißt die Erschließung erfolgt durch interkommunale Bacluster.

Wichtig ist, dass es sich bei den entstehenden Netzen um „offene Netze“ handelt und somit neben der Telekom auch andere Anbieter auf das Netz können. Dies ist

zum Teil schon der Fall und sichert für die Finanzierung der Netze weitere Einnahmen. Mit diesem Modell üben wir nicht nur eine

- ⤴ beispielhafte interkommunale Zusammenarbeit,
- ⤴ sichern das Miteigentum der Kommunen an den entstehenden Netzen,
- ⤴ sondern wir sind auf den Weg das Kreisgebiet – mit einer wichtigen Infrastruktur nahezu flächendeckend bis Anfang 2014 auszustatten. Einer Infrastruktur, die maßgeblich darüber entscheidet, ob und wie sich die einzelnen Gebietskörperschaften sowohl als attraktive Wohnorte als auch attraktive Wirtschaftsstandorte weiter entwickeln können.

Mit dieser interkommunalen Aufstellung operieren wir solidarisch, aber auch gerecht, denn die schwachen Kommunen im Kreisgebiet werden entscheidend gestärkt. Die Lebensverhältnisse im Landkreis bleiben vergleichbar. Das ist für mich sozialdemokratische Wirtschaftsförderung!

**Beispiel 3: Wir brauchen für eine gute wirtschaftliche Entwicklung unserer Region neben einer zeitgemäßen Infrastruktur auch ein ausreichendes Angebot an qualifizierten Fachkräften. Wir brauchen eine engagierte lokale und regionale Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.**

Der demografische Wandel – das heißt die Veränderung der Altersstruktur in der Bevölkerung – verringert die Arbeitskräfteangebote deutlich. Die Bundesagentur für Arbeit geht von einem Rückgang des Erwerbbspersonenpotentials von 2010 bis 2025 von 6,5 Mio aus. Allein in den nächsten 5 Jahren wird mit einem Rückgang von 1,5 Mio gerechnet. Diese Reduzierung des Arbeitskräfteangebots wird regional erhebliche Unterschiede aufweisen. Insofern ist es wichtig sich schon sehr frühzeitig auf eigene Stärken und Potentiale zur Sicherung der Fachkräfte in der Region zu besinnen.

Die Stärke der Region Mittelhessen ist es Standort zweier Universitäten und einer Technischen Hochschule zu sein, mit über 60.000 Studenten. Hier steht zudem das dritt größte Univeritätsklinikum in Deutschland und arbeitet mit TransMit die größte Patentverwertungsagentur in Hessen. Ebenso haben wir eine starke mittelständischen Wirtschaft und zählen 19 weltmarktführende Unternehmen in der Region Mittelhessen. Dies sind gute Voraussetzungen für die wirtschaftliche Entwicklung der Region.

Die Hochschulen bieten ein hohes Potential an gut ausgebildeten Fachkräften für die Region. Unsere Aufgabe ist es, diese gut ausgebildeten junge Menschen durch entsprechende Angebote in der Region zu halten. Hierzu gehören gute Lebensbedingungen, gute und ausreichende Kinderbetreuungsangebote und nicht zuletzt attraktive Unternehmen. An dieser Stelle versuchen wir mit den mittelhessischen Landkreisen und Sonderstatusstädte Gießen, Wetzlar und Marburg gemeinsam an Strategien zu arbeiten. Gebündelt wurde diese Arbeit im Verein Mitte Hessen zuständig für das Regionalmarketing. Nun hat seit letzter Woche die neu gegründete Regionalmanagement Mittelhessen GmbH diese Aufgaben übernommen. Damit ist die Region Mittelhessen einen weiteren Schritt zu einem professionellen Regionalmanagement gegangen. Denn erstmals werden alle Landräte und Oberbürgermeister der Sonderstatusstädte im Aufsichtsrat vertreten sein. Ebenso die IHK, die Handwerkskammer und die Universitäten. Einen guten Start verspricht zudem die Wahl des Marburger Oberbürgermeister Egon Vaupel zum Aufsichtsratsvorsitzenden.

Neben der Aufgabe Studienabgänger in der Region zu halten, nimmt der Landkreis Gießen auch das Potential der gering Qualifizierten und Langzeitarbeitslosen in den Blick. Statistisch gesehen hat der Landkreis Gießen eine über den Bundesdurchschnitt liegende Zahl von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ohne Ausbildung. Vor diesem Hintergrund haben wir ein Projekt gemeinsam mit dem Lahn-Dill-Kreis zur Nachqualifizierung gestartet. Ziel dieses Projektes ist es Nachqualifizierung als Regelangebot in beiden Landkreisen zu etablieren. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit aller Arbeitsmarktakteure. So wurde der Bedarf an Fachkräften nach Branchen erhoben und damit auch Bedarfe für Nachqualifizierungen. Hierzu werden Ausbildungs- und Fortbildungsmodulare angeboten, die zertifiziert und anerkannt sind. Das besondere – diese Nachqualifizierungen können von den Interessierten im Job wahrgenommen werden.

Ein neues Projekt im Rahmen der Nachqualifizierung nimmt den hohen Fachkräftebedarf in der Altenpflege in den Blick. Hier wird der Fachkräftemangel in doppelter Hinsicht von der demografischen Entwicklung beeinflusst.

- ⤴ So wird auf der einen Seite die Bevölkerung immer älter – und die Nachfrage nach Gesundheits- und Pflegedienstleistungen steigen kontinuierlich an.
- ⤴ Auf der anderen Seite stehen diesem steigenden Bedarf an Gesundheits- und Pflegeleistungen immer weniger Fachkräfte gegenüber.
- ⤴ Potenziert wird diese Situation auch dadurch, dass die Gesundheits- und Pflegeberufe hinsichtlich der Arbeitszeiten, aber auch der Bezahlung nicht zu den attraktiven Berufen gehören.

Diese Situation führt zu einer – auch in unserer Region – alarmierenden Fachkräfteproblematik – im Gesundheits- und Pflegebereich.

Dies kann auch eine Chance für berufstätige Menschen ohne Ausbildung sein, wenn sie als modulare Nachqualifizierung organisiert wird. Vorteil: Der Betrieb verliert in dieser Qualifizierungsphase nicht seine Mitarbeiter, der Beschäftigte kann in der Qualifizierungsphase weiterhin seiner Arbeit nachgehen und ist finanziell abgesichert.

In diesem Kontext starten demnächst rund 40 Menschen mit der Ausbildung zum Altenpflegehelfer im Landkreis Gießen und Lahn-Dill-Kreis.

Mit dem Projekt Nachqualifizierung werden Strukturen geschaffen, die Arbeitnehmern, für die aus Altersgründen oder existenzielle Gründe eine duale Ausbildung nicht mehr in Frage kommt, einen Weg zu einer Berufsausbildung ermöglicht. Ein solches Angebot wird zur Fachkräftesicherung beitragen. Wir haben zudem die berechtigte Hoffnung, dass dies auch ein Hebel sein wird arbeitslose Menschen wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Solche Politikansätze schwächen keineswegs das duale Ausbildungssystem, sondern eröffnen Menschen eine zweite oder dritte Chance auf dem Arbeitsmarkt. Solche Ansätze stehen für Chancengleichheit und Solidarität und damit für eine sozialdemokratische Politik.

Wir konnten auch 2012 eine gute Entwicklung des Arbeitsmarktes verzeichnen – die Arbeitslosenquoten sind niedrig und die Unternehmen suchen Fachkräfte. Dies ist jedoch nur die eine Seite des Arbeitsmarktes, die andere Seite sieht wesentlich trüber aus. Die Zahl der sogenannten „Ergänzer“ ist im Landkreis

Gießen gestiegen. Dies sind jene Menschen, die arbeiten, aber trotzdem nicht genug verdienen, um ihre Familie ernähren zu können.

Zu beobachten ist auch, dass viele junge Menschen unter 35 Jahren nur befristete Arbeitsverträge erhalten, und viele junge Arbeitnehmer und jede dritte Frau im Niedriglohnsektor arbeiten. So ist zwar erfreulicher Weise die Beschäftigungsquote von Frauen zwischen 14 und 64 Jahren auf 72 Prozent angestiegen. Doch der größte Anstieg rund 43 Prozent liegt im Bereich der Teilzeit. Und dies obwohl Frauen gerne mehr und länger arbeiten wollen. Ebenso steigt die Zahl jener Menschen, die im Landkreis Gießen auf die Unterstützung der Tafeln angewiesen sind. Ohne die notwendige ehrenamtliche Leistung der Tafel-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu schmälern, müssen wir feststellen, es kann nicht das gewollte Ergebnis einer sozialdemokratischen Sozialpolitik sein, dass Menschen - trotz Arbeit - nicht genug haben zum Leben und alimentiert werden müssen.

Die Forderung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie nach Mindestlöhnen und einer transparenten Berechnung des Arbeitslosengeldes wird mit dieser Entwicklung, so meine ich, eindrucksvoll bestätigt!

Wir müssen feststellen, dass die Lage der arbeitslosen Menschen nach wie vor prekär ist. Immer mehr Menschen rutschen bei Arbeitslosigkeit direkt ins SGB II. Inzwischen ist es jeder 4. Erwerbslose. Bei den Betroffenen handelt es sich häufig um gering Qualifizierte, knapp ein Drittel war als Leiharbeiter tätig. Sie haben entweder eine nur kurze Beschäftigungszeit ausgeübt oder ihre Entlohnung war so niedrig, dass das Arbeitslosengeld mit SGB II Mittel aufgestockt werden muss.

Es lässt sich mit Blick auf die beschriebene Situation unschwer erkennen, dass – wollen wir eine soziale und gesellschaftliche Teilhabe für alle Menschen sicherstellen – wir eine aktive kommunale Beschäftigungspolitik betreiben müssen.

Vor diesem Hintergrund legt der LK Gießen in Abstimmung mit dem JobCenter seinen Schwerpunkt auf sozialintegrative Maßnahmen für den Personenkreis von Langzeitarbeitslosen Menschen. Zudem haben wir mit dem JobCenter Zielvereinbarungen abgeschlossen, die auf eine stärkere Vernetzung der Angebote setzen. Wir haben es erreicht, dass jene Menschen, die erfolgreich eine Maßnahme zur Stabilisierung ihrer Persönlichkeit und ihrer Alltagskompetenzen durchlaufen haben, eine Anschlussperspektive auf eine Folgemaßnahme erhalten. Damit haben wir erfolgreich im letzten Jahr erstmals eine Förderkette installiert, die im letzten Jahr bereits zu guten Integrationsergebnissen führte. Auch in diesem Jahr werden wir dieses Angebot fortführen.

Dies sind Beispiele dafür, wie man Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik lokal erfolgreich gestalten und Menschen Chancen eröffnen kann.

Dies ist eine Arbeits- und Beschäftigungspolitik, die auf Bildungswege für alle setzt. Eben eine sozialdemokratische Bildungs- und Beschäftigungspolitik.

Mit diesen Beispielen wollte ich zeigen, wie aktuell die Werte der Sozialdemokratie nach 150 Jahren sind und dass die Sozialdemokratie geboren aus einer Bildungsbewegung nach wie vor getragen wird von der Idee, dass eine gute Bildung Menschen in die Lage versetzt ein gelungenes Leben zu führen. Bildung ist der Schlüssel zu Integration und Teilhabe. Heute wie vor 150 Jahren. Für diese Ideen streiten seit 150 Jahren Menschen, setzen sich vor Ort dafür ein. Solidarisieren sich mit den Schwächeren in unserer Gesellschaft. Ohne das

Engagement jedes Einzelnen würde vieles nicht funktionieren. Wie auch die Sozialdemokratie nicht ohne ihre Mitglieder funktioniert. Die, trotz schwieriger Zeiten und Entscheidungen, die die Partei trifft, zur Sozialdemokratie stehen und das über viele Jahre. Wie auch die heute zu ehrenden langjährigen Mitglieder der Marburger SPD.

Nach dem Krieg entschied Ottfried Winkel für den Eintritt in die SPD. Seit nunmehr 65 Jahren begleitet und stützt er die SPD vor Ort. Ich freue mich heute dabei zu sein, wenn er und viele weitere Mitglieder für ihr langjähriges Engagement geehrt werden.

Ihre Ehrung fällt in ein gutes und wegweisendes Jahr der Sozialdemokratie. Wir sind nicht nur stolz auf diese 150 Jahre alte Partei, sondern haben den gleichen festen Willen – wie unsere Genossinnen und Genossen vor 150 Jahre - unsere Zukunft zugestalten. Die Weichen hierzu werden sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene in diesem Jahr neu gestellt. Ebenso im Landkreis Marburg-Biedenkopf mit der Landratswahl. Nutzen wir diese Chancen mit vereinten Kräften und machen aus dem Jahr 2013 – das Jahr der Sozialdemokratie!